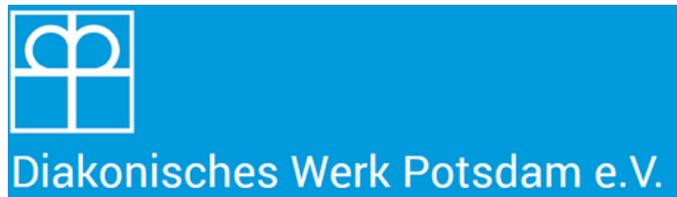


Reisebericht

Polen und Weißrussland: Situation der tschetschenischen Geflüchteten

29.05.17-01.06.2017



Borderline-europe Menschenrechte ohne Grenzen e.V.: Harald Glöde und Luka Fischer

Asyl in der Kirche Berlin e.V.: Bernhard Fricke

Gemeinschaftsunterkunft Nuthetal in Potsdam (Diakonie Potsdam): Nina Schmitz (Leitung)

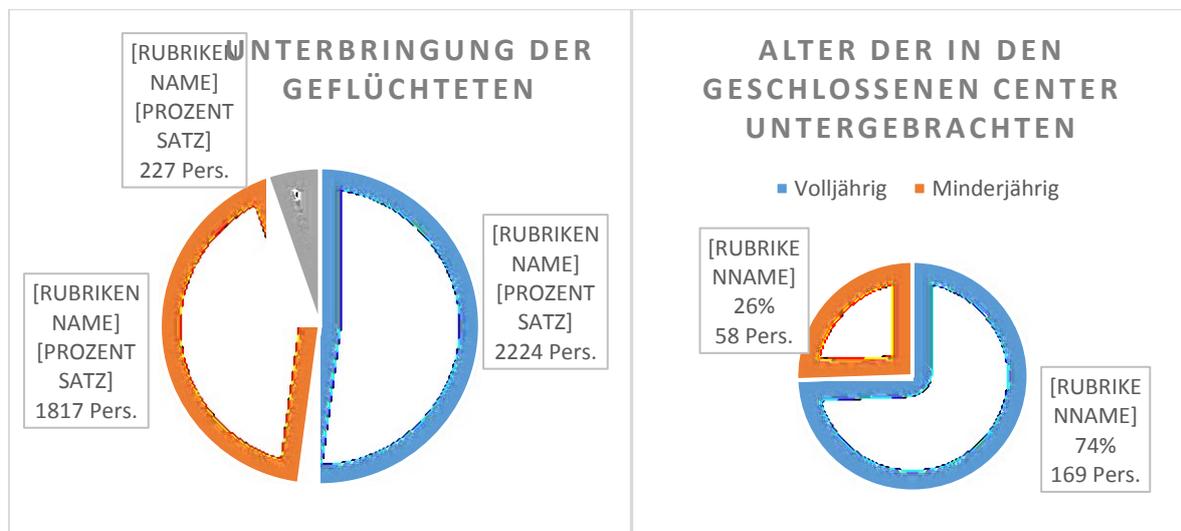
Xenion, psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.: Elena Nowak und Dorothee Bruch

Allgemeine Situation in Weißrussland an der Grenze zu Polen

Zum einen werden die Geflüchteten an der weißrussisch-polnischen Grenze (Brest-Terespol) gestoppt und werden daran gehindert, sie zu übertreten. Bei Ankunft an der Grenze werden sie von der polnischen Polizei über ihre Einreisegründe befragt, dabei wird ihr Asylgesuch ignoriert und im Verlauf des weiteren Interviews auch die Frage gestellt ob sie im Zielland arbeiten möchten, was meistens bejaht wird, und mit einer Unterschrift bestätigt werden soll. Diese gibt dem Grenzbeamten die Möglichkeit, die Einreise zu verweigern, da sie ohne Visum zum Zweck der Arbeitsaufnahme einreisen wollen. Es gab bereits Fälle, in denen die Geflüchteten die Einreise nach Polen gewährt bekommen haben, weil sie diese Unterschrift verweigert haben. Allerdings ist dies eher die Ausnahme. Mit diesem Verfahren wird das Grundrecht auf Asyl nicht gewährleistet. Das widerspricht auch Art. 6 (2) der „EU Richtlinie zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes“, der die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die Antragstellung zu ermöglichen. Durch den langen Aufenthalt in Weißrussland entstehen für die Schutzsuchenden Kosten für Unterkunft, Lebensmittel und die vielen Zugfahrkarten nach Polen und zurück. Da die Vermietung von Wohnungen an Geflüchtete meist mittels überhöhter Tagesmiete stattfindet, stoßen die Geflüchteten schnell an ihre finanziellen Grenzen und werden obdachlos.

Allgemeine Situation in Polen

Das zweite Problem besteht in der Unterbringung der Geflüchteten in Polen. Ein Teil der Geflüchteten wird in sogenannten „Guarded Centers for foreigners“ untergebracht. Damit sind geschlossene Unterkünfte gemeint. Hier befinden sich vor allem Geflüchtete, die gegen die Dublin III –Verordnung verstoßen haben. Diese schreibt vor, dass Flüchtlinge in dem ersten EU-Land, das sie betreten, ihren Asylantrag stellen müssen. In diesen „Guarded Centers“ werden überwiegend Geflüchtete festgehalten, die aus Deutschland zurückgeführt wurden und von denen eine Fluchtgefahr ausgeht. Die Unterbringung dort ist schlecht, gelegentlich kommt es zu Eskalationen. Die Aufenthaltsdauer kann auf Antrag der Leitung an das Gericht von mindestens zwei auf 18 Monate für die Geflüchteten unbegründet verlängert werden. Damit sind diese der staatlichen Willkür schutzlos ausgesetzt und leiden nicht nur unter den schlechten Lebensbedingungen, sondern auch unter der Ungewissheit ihres Verbleibens. Das unter der Leitung eines „Kommandanten“ stehende Center, stellt mit seinem militärischen Regiment für die Inhaftierten, darunter sind auch zahlreiche Familien, eine unzumutbare psychische Belastung dar. Auf die Nachfrage, wie viele Geflüchtete wie untergebracht sind, nannte das polnische Innenministerium folgende Zahlen (Stand 1. Juni 2017):



Der Anteil der in geschlossenen Centern Untergebrachten ist im Verhältnis zu den anderen Unterbringungsformen gering. Jedoch ist die Zahl der Minderjährigen hoch. Betrachtet man den

Grenzübertritt zu Deutschland als Straftat, und daraufhin den Aufenthalt in einem Guarded Center als Strafe, so ist die Frage inwiefern die teilweise nichtstrafmündigen Minderjährigen für ihr Vergehen büßen müssen. Natürlich muss in diesem Kontext auch bedacht werden, dass eine Teilung der Familie keineswegs von Vorteil wäre.

Laut dem polnischen Innenministerium wird ein Ausländer¹ unter einer diese Voraussetzungen in einem Guarded Center untergebracht:

- 1) Wenn es nötig ist, um eine Abschiebung effizient durchzuführen
- 2) Wenn die Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis entzogen wurde
- 3) Wenn die Umstände des Falls erkennen lassen, dass der Ausländer sich nicht an seine genannten Verpflichtungen halten wird
- 4) Wenn der Ausländer die Grenze illegal übertreten hat oder dies versucht hat und nicht sofort wieder zurück zur Grenze gebracht wurde. Eine Inhaftierung zum Zwecke der Abschiebung des Ausländers wird durchgeführt, wenn durch die Umstände kenntlich wird, dass der Ausländer nicht die Regeln eines offenen Centers befolgen wird.²

Nicht nur in unseren folgenden Interviews sondern auch in der polnischen Statistik wird deutlich, dass für die meisten Geflüchteten Polen ein Transit- und kein Zielland ist. Die polnische Ausländerbehörde berichtet von 1529 administrativen Prozessen, sprich etwas mehr als die Hälfte der Gesamtzahl (2941), die im Zeitraum 1. Januar – 8. Juni 2017 abgebrochen wurde, da die Antragsteller das Verfahren für internationalen Schutz fallen gelassen haben. Etwa genauso viele Anträge (1552 im gleichen Zeitraum) erhielt die polnische Ausländerbehörde von der deutschen Ausländerbehörde zur Rückübersetzung von Dublinfällen. Man kann also davon ausgehen, dass selbst wenn die Durchreise durch Polen gelingt, man spätestens in Deutschland erkannt und meist auch zurückgeführt wird (1380 Fälle).

Antwort der deutschen Politik

In Deutschland bildet die Russische Föderation mit 1,5% den 10. Platz der Herkunftsländer der Asylbewerber. Im Jahr 2016 gab es 10.985 Erstanträge dieser Nationalität, bei der davon auszugehen ist, dass die meisten aus dem Nordkaukasischen Gebiet, und somit auch aus Tschetschenien stammen. Die Schutzquote lag im Mai 2017 bei lediglich 7,8%³. Die Bundestagsfraktion die Linke stellte einen Antrag, der die russische Regierung auffordern sollte, die in Tschetschenien stattfindende Verfolgung und Ermordung von LGBTI-Personen zu beenden. Außerdem sollen diese Tschetschenen in Deutschland den Flüchtlingsstatus erhalten. Dieser Antrag⁴ wurde jedoch etwa einen Monat nach unserer Reise abgelehnt. Einen ähnlichen Antrag, der von den LGBTI-Russen spricht, wurde von den der Fraktion Bündnis '90/die Grünen eingereicht⁵. Dieser wurde jedoch noch nicht behandelt.

Maria Ksiazak ist Psychotherapeutin und auf Traumatherapie spezialisiert. Sie untersucht Geflüchtete, prüft, ob sie ein Trauma haben und stellt ihnen Atteste aus, um sie vor einer Retraumatisierung zu schützen. Aufgrund der polnischen Gesetzgebung dürfen Traumatisierte nicht in einem geschlossenen Camp wohnen, wodurch das Attest auch eine der wenigen legalen Möglichkeiten ist, aus dem Camp zu kommen. *„Früher hat man über die schlechte Unterbringung und*

¹ Zur Vereinfachung der Lesbarkeit wird hier das generische Maskulinum verwendet. Gemeint sind jedoch alle Geschlechter

² www.borderline-europe.de/hintergrund/stellungnahme-polnisches-innenministerium-zur-unterbringung-der-gefluechteten

³ BAMF, Asylstatistik 5/2017

⁴ Drucksache 18/12091

⁵ Drucksache 18/12801

medizinische Betreuung diskutiert. Heute geht es wegen der neuen polnischen Regierung und den damit einhergehenden Gesetzesänderungen um Menschenrechte, und damit um wesentlich Größeres und Essentielles: Wie bekommt jemand Zugang zu Asyl, wenn er daran gehindert wird, in das Land hineingelassen zu werden“, stellt sie mit Bedauern fest. Sie hätte lieber ein Verfahren, bei dem Traumatisierte gar nicht erst in solche Camps gesteckt würden. „Menschen, die in ihrem Heimatland in Haft gefoltert wurden, leiden an einer Retraumatisierung, wenn sie für undefinierte Zeit gegen ihren Willen festgehalten werden.“ Maria hat die Reise maßgeblich organisiert und uns die Möglichkeit gegeben, mit manchen ihrer Patienten und NGOs zu sprechen.

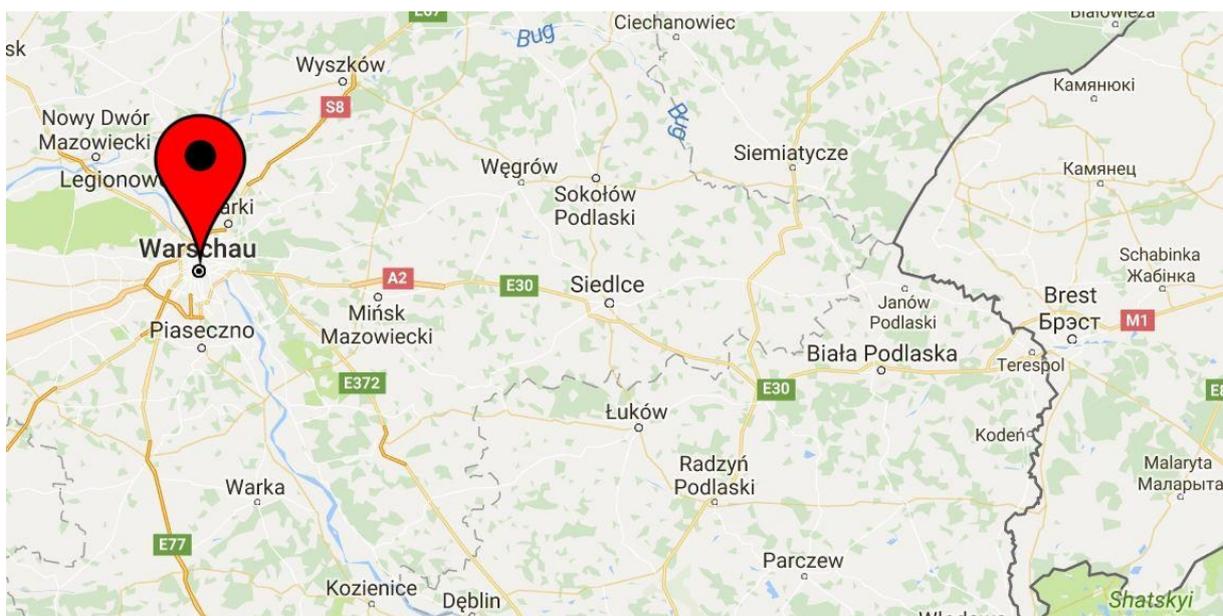
Auf Grund des Personenschutzes werden die Namen der Zeugen nicht genannt.

Unsere Reiseroute:



Das Asylsystem in Belarus gibt den Asylbewerbern keine Chance: Von den 73 tschetschenischen Bewerbungen der letzten zwölf Jahre wurde niemand angenommen.

Quelle Karte: maps.google.de



1. Treffen mit Geflüchteten in Warschau

Wir treffen uns mit Marias Klienten. Ursprünglich hatte Maria nur acht eingeladen. Weil jedoch

bekannt wurde, dass Deutsche kommen, die sich für ihre Erlebnisse interessieren, saßen wir mit etwa 25 tschetschenischen Geflüchteten zusammen im Garten. Einer von ihnen, ein Familienvater mit Ehefrau, zwei erwachsenen Söhnen und einer etwa zehnjährigen Tochter erzählte uns einen Teil seiner Geschichte. Zu Beginn kündigte er an, dass er eigentlich niemandem mehr vertraue außer Maria. Doch weil sie uns vertraut, wolle er uns die ganze Geschichte erzählen.

„In einem Detention Camp zu sein ist wie Robinson Crusoe auf seiner Insel zu leben. Es gibt keine Möglichkeit auf Kontakt nach außen. Wir wurden aus Deutschland abgeschoben, aus Mecklenburg-Vorpommern nach Polen deportiert. Wir waren für etwa sechs Monate in Deutschland. Als wir auf Grund der Abschiebung in Polen vor Gericht waren, wurde uns mitgeteilt, wir würden in ein offenes Camp kommen. Wir vermuten, dass es ein Übersetzungsfehler war. Am Anfang schien es in Ordnung zu sein, da es für uns ein Dach überm Kopf und Essen gab. Aber nach einer Woche wurde uns klar, dass wir eingeschlossen waren und was ein geschlossenes Camp bedeutete. Für mich waren die zwei Monate Detention Camp aus einer juristischen Perspektive nachvollziehbar, da ich mit der Einreise nach Deutschland etwas „Falsches“ getan hatte. Nicht verständlich war für mich aber, wieso es nicht bei den zwei Monaten blieb. Durch diese Erfahrung staatlicher Willkür vergrößert sich bei mir der Wunsch, Polen zu verlassen. Die Situation im Camp war sehr angespannt. Alle waren frustriert und die Border Guards (Kompetenzen ähnlich wie die deutsche Bundespolizei, Anm. der Berichterstatterin) provozierten die Geflüchteten. Auf engem Raum mussten unterschiedliche Menschen verschiedener Kulturen miteinander auskommen. Es gab keine Privatsphäre und wir konnten nicht einmal unser Zimmer absperren. Wir wurden drei- bis viermal pro Tag gezählt, wie Tiere, auch früh morgens, wenn noch alle schliefen. Das alles, obwohl es vor jedem Fenster Gitter und einen dreifachen Zaun um das Gebäude gibt und ein Entkommen gar nicht möglich war. In Deutschland hatten wir wenigstens gute Betten, auch wenn sie uns deportiert haben. Die Decken in Deutschland waren dicker als die Matratzen in Polen. Durch all diese Punkte wurde die Frustration größer. Deshalb baten wir Campbewohner die Leitung um ein Meeting, um die Verlängerung des Aufenthalts zu stoppen. ‚Bitte gebt uns einmal lange Haft, anstatt immer wieder zu verlängern‘, sagten wir zu ihnen. Ich sprach genauso zu dem Kommandant wie ich gerade zu euch spreche. Ruhig und höflich. Alles, was mich störte, habe ich angesprochen, die Matratzen, die medizinische Versorgung. Ich ergänzte: ‚Wenn du uns für immer behalten willst, dann behalte uns bitten auf eine menschliche Art‘. In Deutschland hatte meine Frau eine Operation am Auge. Sechs Monate später sollte ihr noch etwas aus dem Auge entfernt werden, und eigentlich waren monatliche Checks vorgesehen. Das ist bereits neun Monate her. Jeden Morgen fließt Blut aus ihrem Auge. Aus Sorge um meine Frau teilte ich dem Kommandanten meine Absichten mit: ‚Wenn du sie nicht ins Krankenhaus lässt, werde ich rechtliche Schritte einleiten, damit sie behandelt wird‘. Danach war der Kommandant persönlich gegen mich eingestellt.

Wir hatten einen Hungerstreik begonnen, bei dem auch die Kinder für drei Tage nichts gegessen hatten. Es gibt ein Youtube Video von Kindern mit Freedom Schildern. Nach dem dritten Tag kam der Kommandant zu mir und warf mir vor, den Streik organisiert zu haben und befahl mir, ihn zu stoppen. Von dem gegenüberliegenden offenen Camp filmten sie uns. Als die Border Guards dies bemerkten, nahmen sie den anderen die Kameras weg. Die nahm wiederum unser Campleader zum Anlass, uns die Ankunft einer Spezialeinheit anzukündigen. Ich hatte nicht das Gefühl, etwas falsch gemacht zu machen, wir hatten friedlich protestiert und wollten nur unsere Freiheit zurückhaben. Zwei Tage nach dem Streik verweigerte uns unser Campmanager wiederholt das Gespräch, obwohl wir nichts getan hatten. Am Abend traf dann die Spezialeinheit der Polizei mit Schlagstöcken, Masken und Schutzuniform ein. Wir sahen diese Einheit vor unserem Camp, dachten aber nicht, dass sie wegen uns hier wäre. Um 3 Uhr morgens kamen sie ins Camp und beschuldigten uns, die Campleader angegriffen zu haben. Direkt vor meiner Zimmertür stellten sich mehrere bewaffnete Polizisten auf. Wegen dem, was ich in Tschetschenien durchgemacht hatte, werde ich selbst bei kleinsten

Geräuschen aufmerksam, so dass ich auch hier gleich aufwachte. Dann vernahm ich ihr heftiges Klopfen und ging ängstlich zur Tür. Schreie und Weinen drangen vom Gang zu uns herein, so dass meine Familie vor Angst erstarrte. Sie fragten mich, was da passiere. Dann erreichte uns ein lauter Hilfeschrei einer Frau aus dem Nachbarzimmer. Es klang, als ob sie sterben würde. Wenn du nachts um 3 Uhr in solch einer Situation geweckt wirst, dann denkst du nicht nach. Ich wollte ihr helfen, aber ich konnte meine Tür nicht öffnen, weil die Spezialeinheit sie zuhielt. Dann hörte das Schreien der Frau plötzlich auf und es war still. Ich war in Panik, weil ich nichts tun konnte. Meine Söhne standen neben mir und ich schrie ihnen zu, sie sollten die Polizei rufen, aber wir wussten die Nummer nicht. Dann rief ich die Psychologin Maria an. Als die Leute draußen das Wort Polizei hörten, öffneten sie plötzlich die Tür. Vor uns standen Gestalten in voller Montur, ich fühlte mich wie in Russland. Dann brannte Pfefferspray oder Ähnliches in meinen Augen. An der Reaktion meiner Tochter und meiner Frau bemerkte ich, dass auch sie von dem Spray verletzt wurden. Sie legten mich in Handschellen und ich wehrte mich nicht. Dann warfen sie mich auf den Boden und stellten sich auf mich. Sie schlugen und traten mich. Ich fragte sie: ‚Wieso tut ihr mir das an?‘ Einer von ihnen antwortete, dass er doch nichts tue und lachte dabei. Anschließend brachten sie uns nach unten und im Treppenhaus, wo es keine Kameras gab, schlugen sie uns. Wir kamen in Einzelzellen, und selbst dort lösten sie die Handschellen nicht. Meine Handgelenke waren geschwollen. Jetzt, zwei Monate später, habe ich immer noch Narben. Ich bat sie die Handschellen zu lösen, weil ich meine Hände nicht mehr spürte. Einer von ihnen antwortete, er habe den Schlüssel nicht. Ein anderer grinste und winkte damit. Meine Schulter tut mir immer noch weh. Der Kommandant kam normalerweise nicht nachts, aber in dieser Nacht waren er und alle anderen da.

Sie waren für eine Abschiebung von einer 20-jährigen Frau mit zwei Kleinkindern gekommen. Noch nie wurde so brutal und unangekündigte dabei vorgegangen. Früher mussten zwar auch Familien in ihre Heimat zurückkehren, aber das war immer vorhersehbar. Man konnte sich mental darauf vorbereiten und noch verabschieden. Wir vermuten, dass sie mit der Art, wie die Abschiebung in dieser Nacht vollzogen wurde, mich und die anderen Bewohner einschüchtern wollten, denn in einem geschlossenen Camp gibt es keinen Grund, Menschen nachts im Schlaf zu überraschen und abzuschieben.

Am nächsten Tag wurde ich vor Gericht gebracht. Man warf mir vor, auf die Wächter losgegangen zu sein. Einen Anwalt bekam ich nicht. Ohne Marias ärztliches psychologisches Gutachten über meine Traumatisierung wäre ich immer noch im Gefängnis. Mein Verfahren ist auch noch am Laufen und die Rechtsanwältin Irina vertritt meine Interessen. Eine Strafanzeige gegen die Polizei habe ich aber noch nicht gestellt. Wir sind uns nicht ganz sicher, ob dies Nachteile hätte. Ich habe zu große Angst wieder eingesperrt zu werden, denn der Kommandant hat großen Einfluss. Zwar sind meine Erfahrungen ein Extremfall, aber die Machtposition und unmenschliche Willkür der Wächter, die glauben, alles tun zu können, ohne die Konsequenzen dafür zu tragen, gehören zur Alltäglichkeit im Camp. Wenn es Maria und Irina (unterstützende Rechtsanwältin, Anm. der Berichterstatterin) nicht gäbe, dann wären auch wir jetzt nicht mehr in Polen. Außer ihnen vertraue ich niemandem mehr. Auch fühle ich mich schuldig, weil meine Familie meinetwegen im Gefängnis saß.

Und immer wieder denke ich an die vielen anderen Menschen, die auch Schlimmes erleben. Kurz nach dem nächtlichen Vorfall in unserem geschlossenen Camp wurde eine Familie im polnischen Biala Podlaska ebenfalls aus dem offenen Camp abgeschoben. Wir erfuhren auch von einer muslimischen Frau, die von einem männlichen Wächter in eine Einzelkammer eingesperrt worden war. Sie hatte Angst, vergewaltigt zu werden. Und selbst schwangere Frauen sitzen in geschlossenen Camps.“

Auf unsere Frage, wie die Unterstützung von NGOs ist, antwortet er: „Als wir ins Camp kamen, gaben sie uns ein Blatt Papier mit Telefonnummern von verschiedenen Organisationen. Ich rief das rote Kreuz an und bat um Hilfe. Die Antwort lautete: ‚Wir haben nicht das Geld, um von Warschau nach Biala Podlaska (etwa 1,5h Zugfahrt, Anm. der Berichterstatterin) zu reisen. Ich hätte gern über die

Liste hinaus noch andere Nummern recherchiert. Aber wir durften nur alte Handys haben, keine Smartphones. Somit war nicht einmal das möglich.“

Weitere Personen:

„Ich wurde aus dem Krankenhaus abgeschoben. Meine Behandlung in der Ukraine wurde nicht weitergeführt, weil ich in ein geschlossenes Camp gebracht worden war, wo es keine medizinische Betreuung gab.“

„Ich war an der grünen Grenze von Belarus (Weißrussland) und Polen. Die Kriminalpolizei hatte uns gefunden und wir sollten ein Papier unterschreiben, das besagt, dass wir an der Grenze zwischen der Ukraine und Polen gefangen worden waren. Ich weigerte mich und sie behielten uns für zwei Tage im Camp. Als sie uns zur Unterschrift aufforderten, gaben sie uns die Liste mit NGO Nummern, die wir aber nicht anrufen durften. Wir protestierten und forderten mindestens einen Anruf der NGO, bevor wir die Papiere unterschreiben würden. Dadurch hat sich der erste Kontakt zu Maria ergeben. Dann erfuhren wir, dass die Polizei uns in die Ukraine abschieben wollte, obwohl wir über Weißrussland gekommen waren. Erst mussten wir zur Überprüfung unseres Gesundheitszustands ins Krankenhaus, denn nur gesunde Personen werden in ein Camp verwiesen. Dann kamen wir vor Gericht, wo die Entscheidung für das geschlossene Detention Camp Bialystok bereits gefällt worden war, bevor wir unser Gesundheitsgutachten erhielten. Hier wurde unsere Anwesenheit häufig nachts mit Taschenlampen kontrolliert. Selbst kranke „Insassen“ wurden mit Handschellen ins Krankenhaus transportiert, um deren mögliche Flucht zu verhindern. Der Gesundheitscheck wurde ebenfalls mit Handschellen durchgeführt. Wir hatten immer Angst. Obwohl die Psychologen bestätigt hatten, dass wir traumatisiert sind, wurden wir nicht aus dem Camp herausgelassen.“

Das Urteil, durch das wir ins Camp gekommen sind, wird nicht vollständig durch konkret benannte Paragraphen belegt. Es ist also schwierig für den Anwalt, dagegen vorzugehen. Wir haben es trotzdem noch einmal vor Gericht probiert. Als entschieden wurde, dass wir aus dem Camp heraus durften, mussten wir noch so lange bleiben, bis der offizielle Brief per Post eingetroffen war. Jetzt wohnen wir zwar in einer polnischen Wohnung, aber arbeiten darf ich leider noch nicht.“

Weitere Person:

„Wir möchten verstehen, wie Entscheidungen zustande kommen und wollen ein transparentes System haben. Es wäre besser, von vornherein zu sagen, dass 1,5 Jahre vergeben würden, statt die Dauer des Aufenthalts immer wieder zu verlängern. Während wir als Geflüchtete in Unwissenheit bleiben, ist selbst für Kriminelle der Gefängnisaufenthalt terminiert. Am Ende der zwei Monate sind alle hoffnungsvoll, weil nur noch wenige Tage ausgehalten werden müssen. Dann kommt aber ein neues Papier, das beinhaltet, dass die Aufenthaltsdauer verlängert wurde. Da wir keinen Zugang zu einem Anwalt haben, können wir uns nicht wehren.“

Das Asylverfahren haben einige der anwesenden Tschetschenen schon durchlaufen. Um Geld zu sparen wurde die Anhörung über ein „Skype“ ähnliches Programm durchgeführt. In bisher allen uns bekannten vier Fällen wurde kein Asyl gewährt, was dazu führt, dass ihnen stattdessen die Sozialleistungen gestrichen werden und der Platz im Heim weggenommen wird. Die Geflüchteten können niemanden mehr vertrauen und wissen nicht, wohin sie gehen sollen. Außerdem befürchten sie, dass die russischen Übersetzer mit Russland unter einer Decke stecken und die Hilfesuchenden verraten.

Unabhängig von den dort interviewten Geflüchteten berichtete die Psychologin Maria von einem Vorfall von vor zwei Tagen. Zu Beginn des Ramadans wurde einem Geflüchteten ein Schweinekopf auf den Balkon geworfen und das Haus mit Graffitis wie „fuck ISIS“ oder „go home Moslem“

besprührt. Die polnische Polizei geht zunehmend gegen solche Hassbotschaften vor und ermittelt dagegen. Ein polnischer Ombudsmann für Menschenrechte ist Ansprechpartner für diese Fälle und auch die lokale Presse greift solche Vorfälle auf.

2. Treffen mit NGOs in Warschau

In den letzten Jahren gab es immer wieder Möglichkeiten des Austausches über gemeinsam interessierende Fragen des europäischen Asylsystems und der nationalen Ausgestaltung zwischen polnischen und deutschen NGOs. Es fanden auch Seminare und Workshops statt. Dieses Gespräch wurde leider nur sehr kurz und auch nicht mit allen Interessierten wieder aufgenommen. Zu dem Gespräch kamen Vertreterinnen von SIP (Association for Legal Intervention, Stowarzyszenie Interwencji Prawnej), IHIF (International Humanitarian Initiative Foundation), Helsinki Foundation for Human Rights (Helsińska Fundacja Praw Człowieka), Amnesty International, UNHCR Poland. Es wurden verschiedene Themen angesprochen:

1. Zur Situation an der polnischen bzw. EU-Ostgrenze: Es gibt einen offiziellen Bericht zu einer Reise der Helsinki-Fundation vor ein paar Wochen an die Ostgrenze. Es gibt keine offiziellen Beweise, dass deutsche Politik Einfluss auf die polnische Politik nimmt, den Zugang für Geflüchtete (Tschetschenen) massiv zu begrenzen. Es gibt aber einen Zeitungsartikel aus der Polityka, der das nahelegt.
2. Die Situation an der Ostgrenze verletzt die Genfer Flüchtlingskonvention, nach der der Zugang für Schutzsuchende möglich sein muss. Zu dieser Frage wurden auch schon Europa-Parlamentarier eingeladen. Anfragen an das polnische Parlament wurden nicht beantwortet. Bei den Berichten sollte mehr auf das europäische Recht geachtet werden.
3. Es gibt Information darüber, dass auch in Weißrussland Auffanglager aufgemacht werden sollen. Es stellt sich die Frage, welchen Charakter dieses Lager haben soll: Humanitär, um Geflüchtete abzuhalten, oder um einen Asylantrag in Weißrussland zu stellen. Beteiligt an dem Aufbau dieser Auffanglager ist auch die IOM. Eine weitere Information sagt, dass das Lager in Weißrussland auch für zurückgeschobene Geflüchtete aus Litauen dienen soll.
4. In Weißrussland bekommt kein russischer Staatsbürger Schutz. Die es versuchen werden abgelehnt.
5. Für die polnischen NGOs gibt es keinen Zweifel, dass Putin die europäische Politik destabilisieren will.
6. Der europäische Flüchtlingsfonds AMIF ist durch die polnische Regierung blockiert. Deshalb haben es NGOs im Flüchtlingsbereich schwer. Sie können das Personal nicht halten.

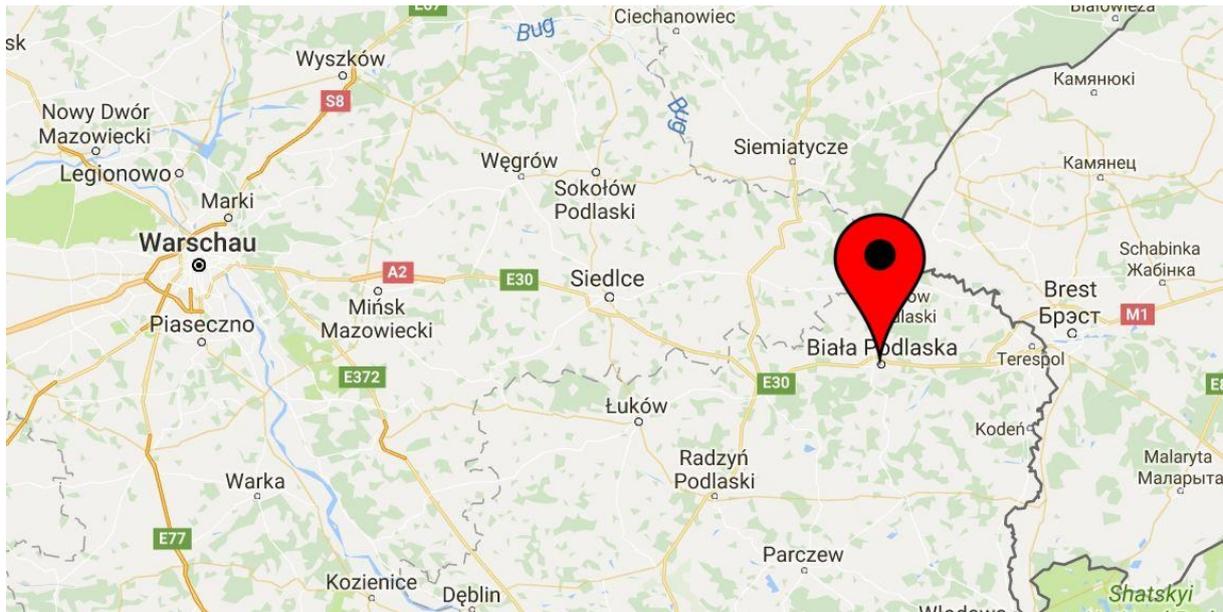
Nicht angesprochen werden konnte die Situation von Dublin-Rückkehrenden nach Polen, der Zugang zum Asylsystem und zur medizinischen Versorgung.

Allerdings wurde auf die problematische Situation der Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen (administrative detention) hingewiesen, auch für Kinder. Im Hintergrund steht wahrscheinlich, dass die Geflüchteten daran gehindert werden sollen, erneut „illegal“ Polen zu verlassen.

Es wurde eine Einladung zur Tagung der „Ökumenischen BAG Asyl in der Kirche“ unter dem Titel „Inside Europe“ am letzten Dezember-Wochenende in Augsburg ausgesprochen.

(Bernhard Fricke)

3. Treffen mit Geflüchteten in Biala Podlaska



Ein Mann zwischen 20 und 30 fängt an zu erzählen. Er hat Tränen in den Augen. Man hat das Gefühl, man hätte ein Häufchen Elend vor sich, einen Menschen der mitten im Leben stehen könnte, sich aber aufgegeben hat.

„Im März 2017 musste ich aus Tschetschenien fliehen, jetzt weiß ich nicht, warum ich hier bin. Eine Verbesserung der Situation ist es jedenfalls nicht. Meine Frau und ich sind nicht standesamtlich verheiratet, sondern nur muslimisch, deswegen müssen wir getrennt wohnen. Wir haben zwei Kinder. Eines ist sieben Jahre alt und das andere drei Monate. Der Ältere war krank, musste erbrechen und hatte Fieber. Obwohl wir ein Medikament bekamen, wurde es nicht besser. Ich war misstrauisch und habe ein Bild von dem Mittel an einen befreundeten Übersetzer geschickt, der bemerkte, dass es ein Antiallergiemittel und damit das falsche Medikament war. Daraufhin kam mein Sohn zwei Tage ins Krankenhaus und es wurde besser. Meine Frau durfte glücklicherweise mit dorthin.

Seit zwei Monaten sind wir in einem offenen Camp untergebracht. Zu Beginn unserer Flucht waren wir erst nach Moskau gegangen, in der Hoffnung, dort bleiben zu können. Ein Freund, der mich für ein paar Tage aufgenommen hatte riet mir, doch nach Polen zu gehen. Auch meine Frau wollte nach Polen fliehen. Also entschieden wir uns dafür, die Reisepässe für die Kinder ausstellen zu lassen und die Reise zu wagen. Am ersten April kamen wir nach Brest und konnten die Grenze noch am gleichen Tag passieren. Wir wurden in das geschlossene Camp gebracht. Bei der ‚Festnahme‘ nahmen sie uns unser Geld ab. Wenn wir etwas von draußen kaufen möchten, können wir das bei den Wächtern bestellen. Es wird aber der doppelte Preis in Rechnung gestellt. Wenn ich meine Papiere wieder habe, gehe ich zurück nach Tschetschenien. Es ist mir lieber dort zu sterben als hier zu sein.“

Am Ende unseres Gesprächs bat er uns ein Selfie mit uns zur Erinnerung an ‘gute Menschen’ zu machen.

Andere Person:

„Am 21. November 2016 kam ich über die weißrussisch-polnische Grenze. Als wir im Taxi zur deutschen Grenze fahren, wurden wir dort entdeckt, festgenommen und ins geschlossene Camp gebracht. Der Taxifahrer verriet uns. Wir mussten vor Gericht, um prüfen zu lassen, ob wir gesund genug für ein geschlossenes Camp waren. Diese Prüfung fand aber nie statt. Mit der

Gerichtsverhandlung in Stettin begannen auch die Menschenrechtsverletzungen. Eine der Beamten schrie mich an, ich sei ein Krimineller und hätte keine Rechte. Daraufhin fragte ich sie, welches Recht sie habe, mich anzuschreien. Sie antwortete, es würde mir noch leid tun, dass wir uns gestritten hätten. Ich denke, dass sie mich extra ins geschlossene Camp brachten. Im Protokoll der Gerichtsverhandlung stand etwas ganz anderes, als ich dem Dolmetscher gesagt hatte. Sie nennen es Camp oder Heim, aber es ist schlimmer als ein Gefängnis in Russland. Du bist völlig von der Außenwelt abgeschnitten, ohne Mobiltelefon und Essen von außen.“

Geschichte eines anderen Geflüchteten aus dem geschlossenen Camp Biala Podlaska

„In dem Camp hatte ich einen Herzinfarkt. Bis der Krankenwagen kam, hatte niemand erste Hilfe geleistet. Nur zweimal in der Woche kommt ein Arzt und für einen Termin muss man sich vorher eintragen. Ich hatte ihm gesagt, dass mein Herz weh tut und es mir nicht gut geht. Und am nächsten Tag folgte der Herzinfarkt. Wenn er mich rechtzeitig ins Krankenhaus eingewiesen hätte, hätte er das verhindern können. Nach den OPs wurde ich immer wieder ins Camp gebracht, obwohl das bei meinem Gesundheitszustand nicht sein darf. Die Ärzte im Krankenhaus sagten, dass ich nicht in einem bewachten und geschlossenen Camp sein darf, aber der Arzt hier meinte, ich wäre gesund. Meine Familie hatte wegen meiner Krankheit viel Stress. Vom Psychiater wurde mir eine Depression attestiert, was der Camparzt auch ignoriert hatte. Die sechs Monate, die wir in dem geschlossenen Camp waren, konnte mein Kind nicht zur Schule gehen, obwohl es ca. 60 Kinder in dem Camp gab. Nur in der letzten Woche bekamen sie Unterricht in Informatik, Mathe und Polnisch. Nur wenn die Kommission zur Kontrolle der Zustände im Camp kommt, gibt es einen Kindergarten und ein Spielzimmer. Danach wird alles wieder geschlossen. Normalerweise befinden sich ca. 15 Familien im Camp. Die meisten haben drei oder mehr Kinder. Schwangere Frauen gibt es auch. Die Grenzschutzbeamten machen keinen Unterschied, ob man krank, jung oder schwanger ist. Solange die Campleitung Geld für die Finanzierung des Camps durch die EU und den Staat erhält, interessiert sie sich nicht für die Bedürfnisse der Untergebrachten. Eine Familie war sogar in dem geschlossenen Camp untergebracht, obwohl sie nie probiert hatte, weiter nach Deutschland zu flüchten. Dreimal am Tag darf man das Gebäude verlassen, um frische Luft zu schnappen. Aber dies ist nur mit einem Grenzschutzbeamten und auf dem eingezäunten Gelände erlaubt. Auch wenn man ins Krankenhaus gefahren wird, fährt ein Beamter mit. Jede Familie ist in einem Zimmer untergebracht, auch wenn diese sieben Kinder hat. Die größten Zimmer sind 30qm groß, die Kleinen 12qm. Eine Familie musste nach sechs Monaten Aufenthalt noch einmal drei Monate länger in einem anderen Camp bleiben. Ich denke, die wollen dich mürbe machen, um das Land wieder zu verlassen. Sie machen nicht nur die Psyche der Erwachsenen kaputt, sondern auch die der Kinder. Zugang zu Anwälten gab es, allerdings brach der Kontakt bei uns ab. Bisher ist es während unseres Aufenthaltes hier noch niemandem gelungen, eine der 15 Familien aus dem geschlossenen Camp herauszuholen. Gegen den Arzt könnte ich juristisch vorgehen, da ich die widersprüchlichen Bescheinigungen vom Krankenhaus und von ihm habe. Das Essen dort ist in Ordnung. Es gibt die Möglichkeit zu kochen, allerdings nur von den Zutaten, die man für den doppelten Preis bestellt. Nach meinem Versuch, die polnisch-deutsche Grenze zu überqueren, war ich am 25. November eingeliefert worden. Da ich mich hier nicht gestellt und innerhalb von 48h gemeldet hatte, wurde mein Asylverfahren automatisch abgeschlossen. Für ein neues Verfahren musste ich einen Antrag stellen und meine Anhörung wurde kurz nach Sylvester durchgeführt. Kurz nach einer Kundgebung in unserem Camp erhielt ich einen Ablehnungsbescheid, aber die Gründe dafür kenne ich nicht. Am 21. April klagte ich dagegen. Jetzt warte ich darauf, was sie sagen. In dem Camp gibt es keine Beschäftigung. Jeder, selbst die kleinen Kinder, sind nervös. Wenn man an der Grenze aufgelesen wird und vor Gericht kommt, wird man für zwei Monate ins Camp gebracht. Später wird diese Zeit um noch einmal vier Monate verlängert. Man darf sich im Heim gegenseitig besuchen, aber verlassen darf man das Camp nicht. Es gibt ein Fernsehzimmer und einen Billardtisch, aber wir treffen uns meistens im

Gang. Ab 22 Uhr gehen die Frauen mit den Kindern schlafen. Die Männer schauen noch fern und sitzen rum. Man wird morgens um 8 Uhr für das Frühstück geweckt. Um 8:00, 20:00 und 22:00 Uhr wird durchgezählt. Mit den Wächtern wird auf Russisch geredet und es gibt nette unter ihnen, die Verständnis haben. Aber es sind auch welche dabei, die nicht freundlich sind. Diesen wünsche ich, dass ihnen einmal widerfährt, was sie mir antun. Die Grenzschutzbeamten verhalten sich zum Teil schlimmer als der tschetschenische Geheimdienst. Untereinander gibt es zwar Streit, aber keine Eskalationen. Auf Entscheidung des Gerichts könnte ich freigelassen werden. Deswegen hatte ich dem Gericht auch alle medizinischen Unterlagen über meinen Herzinfarkt geschickt. Diese waren dem Kommandanten zur Prüfung weitergeleitet worden. Dann brachten sie mich erneut zum Camparzt. Es wurde nur polnisch gesprochen. Ich wurde weder untersucht noch wurden mir Fragen gestellt. Zum Schluss behauptete der Arzt einfach, ich sei gesund und würde am Leben bleiben, womit gerechtfertigt wurde, dass ich im Camp bleiben musste. Ich traf mich einmal mit einer Psychologin, und nachdem ich mich nur mit ihr unterhalten hatte, schrieb sie fälschlicherweise ins Protokoll, ich hätte eine Befreiung gefordert. Mir hatte man gesagt, die Psychologin wäre extra aus Warschau für mich angereist. Eine Woche später sah ich sie aber wieder und hakte nach. Dann wurde mir gesagt, dass sie eine Psychologin vom Camp ist. Mein Vertrauen war erneut erschüttert. Mir ist es wichtig, dass die Deutschen erfahren, was mit den Abgeschobenen aus Deutschland passiert. Ich gebe zu, dass ich das Gesetz verletzt habe. Aber was haben meine Kinder damit zu tun? Wieso leiden sie darunter? Meiner Meinung nach fürchten die Geflüchteten auch in Polen die Unsicherheit, die durch die diktatorische Regierung Kadyrows entsteht, denn sonst würden sie auch hier bleiben. Es gibt Vorfälle, dass tschetschenische politisch Verfolgte an den FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, Anm. der Berichterstatterin) über Interpol ausgeliefert werden. Seit einer Woche bin ich frei und in dem offenen Heim“

Andere Familie:

Vor zwei Wochen kam die Familie - die Eltern, eine erwachsene Tochter und ein Sohn im frühen Teenagealter - nach Polen. Sie bekamen für fünf Jahre in Norwegen Schutz. Dann wurde ihr Asyl nicht mehr verlängert und sie wurden nach Tschetschenien ausgewiesen, wo der dritte Sohn getötet wurde und die Familie zum Töten freigegeben wurde. Sie fühlen sich hier in Polen momentan nicht sicher, weil sie gesehen haben, dass gestern ein neuer Asylbewerber ins Heim gekommen ist. Sie vermuten, dass er zu Kadyrow gehört, weil sie ihn noch aus dem alten Heimatdorf in Tschetschenien kennen.

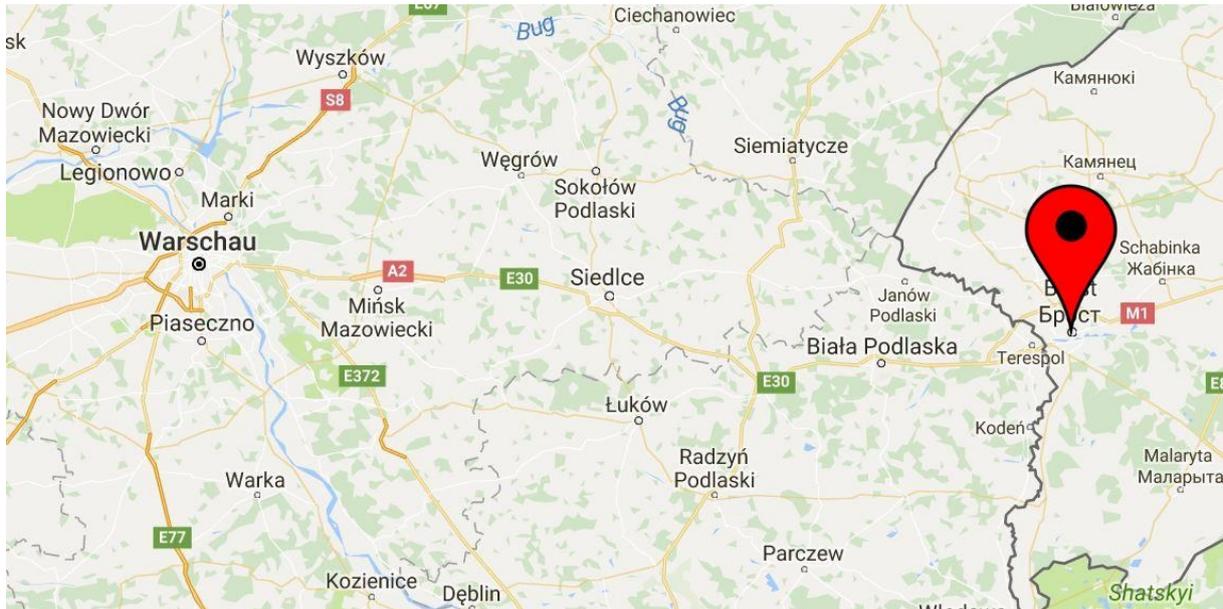
„Wir wollen, dass ihr in Deutschland wisst, was in Tschetschenien passiert. Menschen werden verschleppt. Junge Männer haben Angst, irgendwo hinzugehen. Niemand außer Kadyrows Leute fühlt sich mehr sicher. Dort wird ohne Gerichtsverhandlung getötet. Wir dürfen uns über nichts beschweren. Alles wird kontrolliert und man darf seine Meinung nicht sagen. Am 18. Dezember 2016 hatte unser Sohn seinen 20. Geburtstag. Weil ein Freund von ihm am gleichen Tag heiratete, bat er uns um Erlaubnis, dort hingehen zu dürfen. Er kam nicht zurück. Gegen 3 oder 4 Uhr nachts, klingelte es an der Tür und ich öffnete sie aus Vorsicht mit meiner Frau zusammen. Ein paar Männer fragten uns, wo unser Sohn sei. Sie zeigten uns Bilder von mehreren toten Männern. Ich sagte, dass mein Sohn nicht darunter ist. Dann wurde ich mitgenommen und in einen Keller gesperrt. Normalerweise kommt man in solch einer Situation nicht lebendig zurück. Sie zeigten mir noch mehr Bilder toter Männer. Da sah ich meinen Sohn. Er wurde verdächtigt, einer von sieben oder acht Tätern gewesen zu sein, die ca. 200 Menschen getötet haben sollen. In einem Saal hielten sich Beamte und Soldaten auf. Mir und den anderen Tatverdächtigen wurde vorgeworfen, wir seien Terroristen, weshalb man auch uns töten müsste. Es waren auch Zivilisten dabei, die aufsprangen und riefen: ‚Falls ihr das Gefängnis lebendig verlasst, werden wir euch töten!‘ Seit einiger Zeit ist die Blutrache in Tschetschenien verboten. Trotzdem führten die Beamten uns einzeln auf, damit die Zivilisten sich

merken konnten, wie wir aussehen. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich nicht, wo meine Familie war. Eineinhalb Monate lang wurde ich immer wieder zu Polizeiuntersuchungen gebracht. Ich hatte auch noch Verwandte, um die ich in Sorge war. Man zwang uns, die Leute aus dem Dorf zusammen zu treiben und uns öffentlich für unseren Sohn zu entschuldigen. Ich wurde in den Bauch geschlagen, der mir immer noch weh tut. Es gab eine Scheinhinrichtung. Unsere Kinder verließen das Haus für zwei Monate nicht. Ich bekam einen Anruf wegen der Schulpflicht. Außerdem wurde unser jüngster Sohn größer und sollte für die Miliz bereitstehen. Wenngleich wir wussten, dass wir überwacht werden, hatten wir um Transparenz zu zeigen unsere Simkarten erst mal bei uns behalten, statt sie wegzuworfen. Nach dem Vorfall kauften wir dann aber neue und taten so, als hätten wir das Land verlassen. Als ich von der letzten Untersuchung entlassen wurde, wurden wir nachts angerufen und dazu aufgefordert, zur Behörde zu fahren. Dort wurde ich zusammengeschlagen und danach beschlossen wir, dass es so nicht weitergehen könne. Wir packten das Auto und flohen nach Weißrussland. Wir verbrachten ein paar Nächte bei einer Familie, bei der wir aber nicht dauerhaft bleiben konnten. In der Zeit verließen wir das Haus nicht.

An der polnischen Grenze wurde uns nicht zugehört und wir wurden abgewiesen. Ich hätte jedes Mal schreien wollen, aber sie nahmen nur unsere Daten auf und ließen uns wieder gehen. Wir wunderten uns, wieso es heißt, Geflüchtete seien willkommen. Wir folgerten, wenn wir sogar im eigenen Land kein Recht bekamen, wieso sollten wir es dann in einem anderen? In Brest an der Grenze mussten wir drei Monate ausharren. Weil der Aufenthalt in Weißrussland nach drei Monaten endet, wurden wir zum Ende hin nervös. Auch dort hatten wir Angst, das Haus zu verlassen. Geheimdienste standen auch an weißrussischen Ausgängen. Ich sah heute hier in Polen einen Menschen, der in unserem Dorf auch gefoltert hatte. Wir fühlen uns also auch hier nicht sicher. An der Grenze wurde uns ein Formular gegeben, auf dem stand: ‚Die Einreise wurde verweigert, weil es kein gültiges Visum gibt.‘ Man wird dazu aufgefordert, dies zu unterschreiben, wenngleich es auf Polnisch ist. Zuerst traute ich mich nicht zu fragen, was es heiÙe. Später verweigerten wir die Unterschrift. Wir wurden angeschrien, dass wir unterschreiben müssten. Als wir dann zum ersten Mal erzählten, was passiert war, weinte unsere große Tochter. Wir hatten keine Privatsphäre, als wir das erzählten. Andere Familien saßen daneben und hörten einfach mit. An der polnischen Grenze forderte ich zweimal, den Chef zu sprechen. Die Antwort lautete: ‚Setz dich mal hin.‘ Ich verstehe, dass man an der EU-Grenze nicht alle nach Polen hineinlassen kann, aber wir hätten uns gewünscht, wenigstens dort mit einem Psychologen sprechen zu können. Nach gut drei Monaten ist es uns endlich gelungen, die Grenze zu passieren.

Unsere Anhörung fand vor zwei Tagen statt. Sie forderten Beweise von uns. Wir hatten die Bilder auf dem Handy, der Anhörer wollte diese groß ausdrucken und in die Akte legen. Es ist schwer für mich, diese Bilder immer wieder sehen zu müssen. Unsere Tochter hatte schon eine Anhörung. Die Anhörer konnten russisch, aber nicht gut. Wir mussten das Gesagte oft wiederholen. Der Anhörer fragte mich, ob ich weitere Papiere wie z.B. eine Sterbeurkunde des Sohnes habe. Ich habe ihm gesagt, wenn es möglich gewesen wäre, solche Dokumente zu bekommen, dann wäre ich nicht geflohen.“

4. Treffen mit Nikita Matyushchenkov von Human Constanta in Brest, Weißrussland



Wir trafen Nikita, einen Rechtsanwalt, der in der Außenstelle von Human Constanta in Brest arbeitet. Über Human Constanta: Human Constanta ist eine Menschenrechtsorganisation für Migrationsrecht und digitale Freiheit, die erst im Oktober 2016 registriert wurde. Sie tritt für die Rechte der 1000-3000 Asylsuchenden in Belarus ein. Human Constanta berät die Asylsuchenden, die mit dem Zug nach Polen einreisen wollen, und bei denen die polnischen Grenzbeamten das Asylgesuch, bis auf ganz wenige Ausnahmen, ignorieren und sie nach Weißrussland zurückschicken. Die Grenzbeamten haben jedoch - zumindest in der Theorie - nicht das Recht über den Zugang zu Asyl zu entscheiden. Die Organisation steht auch in Kontakt mit dem polnischen Ombudsmann für Menschenrechte.

Es folgen ein paar Hinweise zur aktuellen Situation: Die Zahl der asylsuchenden Menschen ist seit Oktober stark gesunken. Momentan versuchen ca. 60 Asylbewerber täglich die Grenze zu passieren und in Brest halten sich momentan ca. 300 Menschen auf. Wegen des Beginns der tschetschenischen Sommerferien werden in den nächsten Monaten mehr Menschen erwartet, denn manche Tschetschenen versuchen auf die Bildung ihrer Kinder Rücksicht zu nehmen, indem sie die Flucht so weit wie möglich hinauszögern. Außerdem gibt es Tschetschenen, die keine Hoffnung auf Asyl mehr haben und deswegen versuchen zurückzukehren, einen neuen Reisepass ohne Stempel zu bekommen und dann ein Visum zu beantragen. Die hiesigen Familien haben Probleme, weil sie kein Geld mehr haben, manche nehmen Kredite auf. Manche Vermieter lassen die Familien kostenlos wohnen. Die Stimmung der Belarussen gegenüber den Geflüchteten ist eher schlecht. Es gibt Bemühungen des Vermieters und der Anwohner Human Constanta aus dem Büro rauszuwerfen, vor allem weil sich dort öfter (muslimische) Tschetschenen aufhalten.

Am 17. März 2017 fand folgende Aktion statt: Die Human Constanta, Helsinki Foundation, Association for Legal Intervention und 14 Rechtsanwälte präsentierten am 17. März den Grenzbeamten 14 verschiedene Familiengeschichten und baten um einen Grenzübertritt nach Polen und um Asyl. Dann warteten die Anwälte in Terespol. Es funktionierte nicht, weil die Grenzbeamten niemanden durchließen. Sie hatten Asylgesuchsformulare bei sich, aber dann wurden automatisch alle Antragsteller mit diesen Papieren von ihnen abgewiesen. Belarus mischt sich in die Asylfragen nicht ein, nur Polen. Und die Arbeit der NGOs wird nicht anerkannt. Es wird behauptet, das

Schengen-Abkommen untersage den Asylbewerbern das Einreiserecht. Die oben erwähnten 14 Anwälte schrieben Petitionen über die Ereignisse in Terespol. Einen Monat später bekamen wir die Antwort, dass alles in einem legalen Rahmen geschehen sei. Ob die Anwälte in eine weitere Instanz gehen werden, ist wegen Kapazitätsgründen noch nicht sicher, weil sie ehrenamtlich arbeiten. Nikita muss vor Gericht noch Aussagen bestätigen.

Human Constanta hatte bisher keine Probleme mit der Regierung. Es gibt vier Vollzeitstellen zum Thema Migration. Nikita ist jedoch der einzige Rechtsanwalt der Human Constanta in Brest. Es gibt verschiedene Kooperationsorganisationen wie "Helsinki Foundation" und "Association for Legal Intervention". Anfragen auf Kooperation an den UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) und an russische Organisationen liegen ebenfalls vor. Ein erster Kontakt zur IOM (International Organisation for Migration) wurde gerade gestartet. Nikita hat auch versucht, ein Meeting mit der Terespoler Grenzwaiche zu organisieren, aber diese antwortet nicht auf Emails, und bei Anrufen wurde immer wieder nur weiter verbunden, da niemand eine klare Aussage treffen wollte.

Ein paar Familien haben versucht in Litauen einen Asylantrag zu stellen, meistens hat es jedoch nicht funktioniert. Nikita hat eine Familie an die Grenze begleitet, wodurch diese hineingekommen ist. Allerdings scheiterte der nächste Versuch mit zwei homosexuellen Familien, obwohl Litauen sich entschieden hat, homosexuellen Tschetschenen Asyl zu gewähren. Die osteuropäische Grenze ist dadurch für Asylsuchende geschlossen.

Weißrussland versucht bei der Einreise den Pass zu stempeln, damit die Geflüchteten nach Ablauf der 90 Tage Aufenthaltsberechtigung Weißrussland wieder verlassen müssen. Dadurch haben sie für die Einreiseversuch nach Polen nur 90 Tage Zeit und bekommen, falls sie bei längerem Aufenthalt entdeckt werden, ein Einreiseverbot für zwei Jahre.

Im Dezember 2016 wurde ein kleiner Bericht über die Menschenrechtssituation von Geflüchteten in Weißrussland veröffentlicht. Dafür wurden 15 Familien beobachtet. Es gibt Familien, die längere Zeit im Bahnhof oder in Wohnungen wohnen. Etwa 80% der Kinder sind krank. Bei den Erwachsenen ist die Zahl etwas geringer. Am häufigsten treten Grippe, Masern und Erkältungen auf. Für Ausländer gibt es keinen Zugang zu Medikamenten, es sei denn, das Leben ist in Gefahr. Kinder mit Masern werden in ein Infektionskrankenhaus in einem Dorf weit weg gebracht. Dadurch werden Familien von ihren Kindern getrennt. Die Geflüchteten haben nicht genug zu essen, zu trinken und zu wenig Kleidung. Es gab Versuche, Kleiderspenden von Polen zu bringen, aber die Zollbeamten drohten mit strengen Regeln und dass sie die Helfer dann nicht reinlassen würden. Deswegen sind Geldspenden wesentlich besser als Sachspenden.

Das Rote Kreuz wurde nach ihrer Meinung zu den aktuellen Zuständen gefragt. Die Mitglieder helfen bereits vielen Ukrainern, und wenn sie ein Problem bei Tschetschenen sehen, helfen sie auch ihnen. Allerdings unterstützt das Rote Kreuz nur spärlich mit Windeln und wenigem Essen. Wenngleich die Geflüchteten aus Springbrunnen trinken, lehnt das Rote Kreuz eine Anfrage auf Spenden ab. Maria bat den UNHCR und UNICEF ebenfalls erfolglos um Spenden

Das Asylsystem in Belarus gibt Asylsuchenden aus der Russischen Föderation keine Chance: Von den 73 tschetschenischen Asylgesuchen der letzten zwölf Jahre wurde niemand angenommen. In Belarus gibt es ca. vier offene Asylzentren. Die meisten Menschen aus anderen Herkunftsstaaten bekommen dort subsidiären Schutz.

5. Bericht von zwei Psychologinnen über ihre Arbeit in Belarus

Die Psychologin Lena erzählt:

„Wir kommen mit Tschetschenen zusammen, sowohl mit einzelnen als auch in Gruppen, und

schreiben dann Stellungnahmen, die wir den Geflüchteten mit an die Grenze geben. Allerdings ist die Bedeutung der Atteste zweischneidig: Einerseits wird durch eine Depressionsdiagnose die Hilfsbedürftigkeit deutlich, andererseits empfinden die Grenzbeamten psychisch kranke Menschen eher als gefährlich. Deswegen versuchen wir die Atteste in einer eher einfachen Sprache ohne Diagnose zu schreiben. Wir sind die ersten Helfer, die zeigen müssen, dass wir es hier mit Menschen zu tun haben und diese auch so behandelt werden sollten. Manchmal arbeiten wir bis 3 oder 4 Uhr nachts. Wir als Psychologinnen schreiben Gutachten darüber, ob ein Trauma vorliegt und wie stark dieses ausfällt. Jedoch bleibt es nicht nur bei der Stellungnahme, sondern es gibt auch eine weitere Begleitung für Erwachsene und Kinder. Manchmal besuchen wir sie in ihren Wohnungen, was ihnen Selbstbewusstsein gibt, denn das Schmerzhafte, das sie hier erfahren, ist, dass sie sich wertlos fühlen. Oft werden Stellungnahmen nicht angenommen, und je nach Zustand sind dies die Geflüchteten fast schon gewohnt. Ihre Reaktionen fallen nach Geschlecht verschieden aus. Die Männer schweigen eher. Irgendwann bemerken wir dann Verhaltensänderungen bei ihnen. Wir knüpfen daran an und versuchen, sie dazu zu bringen, über ihre Gefühle zu sprechen. Anderen vermitteln wir, ihre Gefühle zu kontrollieren, was sehr schwierig ist, denn ihre erste Erfahrung ist häufig, dass sie erniedrigt wurden. In der tschetschenischen Kultur ist es üblich, hart zu reagieren, wenn die Würde verletzt ist. Dann ist der Zusammenhalt in der gleichgesinnten Gruppe umso wichtiger. Ein Ziel unserer Therapie liegt darin, das Überreagieren zum Schutz der Familie einzugrenzen. Körpersymptome wie Schmerzen, Schlafstörungen und Depressionen deuten besonders häufig auf Probleme hin. Die Tschetschenen sind aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen misstrauisch. Der Schmerz der Eltern spiegelt sich bei den Kindern wieder. Sie haben Angst um sich selber, aber auch um ihre Eltern und fühlen sich unbewusst verantwortlich. Manchmal hungern Familien, trauen sich aber nicht, das zuzugeben, da es als Schwäche gesehen wird. Denn ein Mann hat seine Familie zu versorgen, und wenn er das nicht schafft, ist er eben kein Mann. Wir versuchen diesem Mechanismus maximal entgegenzuwirken. Die jetzige Elterngeneration hat im Kindesalter bereits den ersten Krieg Tschetscheniens durchgemacht. Wir beobachten, dass sich hier der persönliche Umgang untereinander verändert hat. Sie haben keine gemeinsame Basis und finden keinen Zusammenhalt. Sie sind traumatisiert und die jetzige Situation lässt das Kriegstrauma wieder aufleben. Auch Ehepartner arbeiten nicht besonders gut zusammen. Die Mütter handeln zunehmend infantil, was zur Folge hat, dass deren Kinder mehr Distanz zu ihnen haben.

Wenn sich Abweisungen an der Grenze häufen, dann ist es wichtig, in einer der Gruppen darüber zu reden. Bisher gab es erst eine Frauengruppe, und als die Männer deren positiven Einfluss bemerkten, entstand auch für sie eine Gruppe. Wir versuchen diese Prozesse so gut wie möglich zu beeinflussen. Die Geflüchteten sind auch froh, dass wir da sind, denn die Mehrheit der Weißrussen mag sie nicht, und an der polnischen Grenze erfahren sie überwiegend nur Ablehnung.

Es gab einen Versuch von zwei tschetschenischen Jungs über die Grenze zu kommen. Sie wurden an der Grenze viel ausgefragt. Ich hatte ihnen vorher ein Attest gegeben, sogar auf Polnisch, aber der Beamte warf es in den Müll. Das war nur einer ihrer mehr als 60 Versuche, die Grenze zu passieren. Die Jungen blieben ruhig. Dann später im Gespräch mit einem weiteren Beamten war das Attest wieder da. Die polnischen Grenzbeamten provozierten auch mit ihrer Körpersprache, indem sie zum Beispiel einen Vogel zeigten oder andere abfällige Gesten machten. Als einer der Jungen noch eine Frage stellte, wurde er von den Grenzbeamten an die Wand gestoßen und schikaniert. Das Schlimme für die Geflüchteten ist, dass sie nirgends willkommen sind. Sie werden von den Weißrussen, die an der von den Tschetschenen gezahlten Tagesmiete verdienen, nur ausgenutzt, und irgendwann geht diesen das Geld aus, so dass sie Betteln müssen. Um aus dieser Situation herauszukommen, versuchen es manche immer wieder, die Grenze zu übertreten, indem sie beispielsweise auch ihre Taktik ändern. In manchen Fällen wird ihnen auch von Rechtsanwältinnen für 1000€ etwas versprochen, aber nach der Zahlung passiert nichts, außer dass die Anwältinnen verschwinden. Manche Geflüchtete

zerbrechen an dem System. Andere tauchen in Weißrussland unter und bilden ihr eigenes Netzwerk. Durch den erlebten Stress gibt es allerdings häufig psychosomatische Erkrankungen, für deren Behandlung dann das Geld fehlt. Laut Gesetz darf man drei Tage kostenlos im Krankenhaus bleiben und behandelt werden. In der Praxis sieht es jedoch anders aus. Eine Frau mit Gebärmutterblutungen wurde mit dem Befund gesund zu sein wieder weggeschickt. Selbst Kinder, die an Infektionen leiden und erbrechen, bekommen keine ärztliche Hilfe. Für lokale Ärzte ist es nicht ganz legal, die Geflüchteten zu behandeln. Auch die Leute, die Wohnungen an Geflüchtete vermieten, werden vom Geheimdienst überwacht. Die Problematik ist der Öffentlichkeit nicht bewusst. Die einzigen Informationen über Geflüchtete kommen in den Medien aus Russland. Dort spricht man aber nicht von ihnen, sondern es werden Leute gezeigt, die alles haben, aber zu faul seien und ein leichteres Leben fordern. Dieses Bild kommt der weißrussischen Politik entgegen und passt zur allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung ihres Landes. Diese vertritt mehrheitlich eine skeptische Haltung gegenüber dem Islam und fürchtet das Fremde. Deshalb wurden auch wir als Helfer schon einige Male auf der Straße angehalten und unsere Papiere kontrolliert.“

6. Gespräch mit dem griechisch-katholischen Priester Igor

Er hilft Familien, indem er sie zu gemeinsamen Essen in die Kirche einlädt, ihnen Arbeitsplätze beschafft und dafür sorgt, dass die Kinder in die Schule und in den Kindergarten gehen können. Um eine Familie mit bald acht Kindern hat er sich besonders gekümmert. Da er aber zum Teil schlechte Erfahrungen gemacht hat, sieht er die Flüchtlingsbewegung auch sehr kritisch.

„Der Vater war sehr unglücklich, als sie hier herkamen. Jetzt hört er nicht auf zu lachen. Wir haben ihm und seiner Familie ein Haus mit drei Zimmern, einer Küche, viel Land, 60 Hennen und einem Schäferhund zur Verfügung gestellt. Er will den Hund trainieren, damit er mit Schafen umgehen kann. Diese Familie ist registriert und hat auch einen Antrag auf Aufenthalt gestellt. Die Kosten für die dafür benötigte medizinische Untersuchung sind sehr hoch. Sie betragen etwa 2000 €, weil alle Familienmitglieder erst mal geimpft werden müssen. Jetzt hoffen wir, dass sie das Geld nicht umsonst ausgegeben haben und sie einen Aufenthaltstitel bekommen. Die schwangere Mutter muss bald ins Krankenhaus, und wenn der Aufenthaltstitel nicht gewährt wird, bekommt sie keine medizinische Versorgung. Im Idealfall würden sie erst eine Erlaubnis für einen zweijährigen Aufenthalt bekommen, mit der sie alle Rechte eines Weißrussen, außer dem passiven und aktiven Wahlrecht, erhalten. Danach gäbe es eine Verlängerung für fünf Jahre und daraufhin würde die Staatsbürgerschaft folgen. Wenn es die Möglichkeit gäbe, der Familie Vieh zu kaufen, hätten sie damit eine Lebensgrundlage. Nach vielen Jahren könnten die Kinder und deren Bildung Früchte tragen, denn wir haben eine gute Schulbildung und gute Medizin hier. Wenn unsere Kirche dann in der Hinsicht behilflich sein kann, ist das schon ganz gut. Mir ist es egal, ob sie Moslems sind oder nicht.

Ich bin der Meinung, dass 99% der Tschetschenen zurück nach Tschetschenien gehen sollten. Natürlich ist das subjektiv, aber ich glaube, dass nur ein geringer Teil Gründe zum Verlassen des Heimatlandes hat. Ich habe dieses Jahr 150-200 Tschetschenen gesehen und war mit ihnen in Kontakt. Durch unsere geographische Lage haben wir in Brest die meisten Geflüchteten in ganz Belarus. Mir wurden mehrmals falsche Geschichten erzählt. Auch machen sich manche Geflüchtete in Polen über unsere Naivität hier lustig. Sie wollen nur Mitgefühl erschwindeln und der Großteil der Leute hat wirtschaftliche Gründe für ihr Dasein. Wenn Kinder hungern und frieren, werden wir trotzdem helfen. Aber wenn ich die Leute hier treffe und deren wahre Geschichte höre, werde ich sie belehren zurückzukehren. Die Tatsache, dass manche Tschetschenen aufgeben und zurückkehren zeigt, dass sie die Möglichkeit dazu haben, und die dortigen Lebensumstände gar nicht so bedrohlich sein können.

Als ich die Familie Mitte Dezember am Bahnhof abholte, besaß sie nichts. Alle Familien, die wir

holten, wohnten am Bahnhof. Wenn sie ankommen, versuchen alle Familien zuerst die Grenze zu passieren, aber langsam schwindet ihnen das Geld und dann landen sie im Bahnhof. Meine Gemeinde war auf so einen Dienst gar nicht vorbereitet. Wir haben zwei kleine Gästezimmer, eine Bibliothek, drei WCs, eine Dusche, eine Küche und ein Esszimmer. Das ist alles. Als eine tschetschenische Gruppe hier lebte, waren täglich Menschen hier um zu essen. Jetzt kommen etwa ein- bis zweimal die Woche 40-50 Tschetschenen für eine gemeinsame Mahlzeit.

Als ich einige Camps in Polen besucht hatte, schaffte ich es nicht, die männlichen Tschetschenen zum Helfen zu bewegen, die Frauen aber schon. Sie nähen beispielsweise Puppen, die nach Warschau gebracht und dort verkauft werden. In den Camps bleiben die Tschetschenen für einen längeren Zeitraum, ca. drei bis fünf Monate. Sie sollten zurück nach Hause gehen und dort eine psychische Rehabilitation bekommen. Ich habe das Gefühl, dass sie sich verlieren, wenn sie über die Grenze kommen. Wir sollten Geld in die Situation vor Ort investieren. Wenn wir Geflüchtete nach Europa bringen, schaden wir den Europäern und den Migranten. Meiner Meinung nach sind nur 5% der Tschetschenen hier in Gefahr.“

Aus einer Kirche soll ein Flüchtlingshaus gemacht werden, wie ist der aktuelle Stand?

„Die Gemeinde hat ein Haus für Obdachlose bekommen. Wenn es kalt wird, dürfen sie dort schlafen. Für die Leute war es in Tschetschenien gefährlich, aber hier ist es das meiner Meinung nach nicht. Obwohl die Geflüchteten auch für eine gute Schulbildung ihrer Kinder in den Westen fliehen, schicken sie sie weder hier noch in Russland zur Schule.

Ich merke auch, dass die meisten Tschetschenen auch nach zwei bis drei Jahren Aufenthalt in Polen noch kein Polnisch können. Das meine ich nicht pauschal. Aber als wir mit einer Gruppe von Leuten nach Polen in zwei Camps fuhren, machten wir diese Erfahrung. Wir wollten in Polen etwas für die Tschetschenen aufbauen und versuchten, mit ihnen Polnisch zu sprechen, aber sie konnten gar nicht antworten. Wir fragten sie, wieso das so sei? Ihrer Antwort lautete 'Wozu?' Ich mache keinen Unterschied zwischen guten und schlechten Geflüchteten, jeder hatte seinen guten Grund, seine Heimat zu verlassen. Der Papst appelliert, dass man Geflüchteten helfen soll, aber man soll auch einen Geflüchteten von einem Gauner unterscheiden. Maria kommt etwa ein- bis zweimal pro Woche zu uns, um sich um die Kinder und Frauen zu kümmern, währenddessen rede ich meistens mit den Männern. Es gibt viele Familien, die in Weißrussland bleiben wollen, aber aus finanziellen Gründen kann ich, erst mal nur einer einzigen Familie Unterstützung gewähren. Das Geld für sie kommt aus der Gemeinde, die beschlossen hat, es für diesen Zweck zu verwenden. Bei der Essensvergabe haben wir keine Begrenzung. Unsere Gemeinde ist bei den gemeinsamen Abendessen für alle Gäste offen. Jedoch gab es auch schon einen Tschetschenen, der ständig betrunken war und Frauen angepöbelt hat. Deswegen warf ich ihn raus.“

Wie eng ist die Kooperation zwischen den Christengemeinden? Wird von staatlicher Seite respektiert, dass Sie helfen?

„Mit dem anderen Pfarrer in Brest sind wir befreundet. Er arbeitet an einem Haus für Obdachlose jeglicher Nationalitäten. Es ist allerdings aus finanziellen Gründen noch nicht fertig. In der warmen Jahreszeit bekommen wir keine staatlichen Zuschüsse, da der Staat nur Geld für obdachlose Weißrussen zahlt, die nach Schutz in Form eines Hauses suchen. Das ist erst im Winter wieder der Fall. Der Staat unterstützt zwar keine Hilfe für Tschetschenen, verfolgt sie aber auch nicht. Sie dürfen hier in der Kirche eigentlich auch nicht wohnen. Ich habe mich nicht an dieses Gesetz gehalten, weshalb es aber auch keine Probleme gab. Unsere Regierung hier in Weißrussland kann herausbekommen, ob jemand wirklich Probleme hat, und sie kann somit Asylmissbrauch entlarven. Deswegen werden in Belarus auch kaum Geflüchtete aufgenommen. Zum Beispiel gibt es eine Familie, in der die Frau behauptet, ihr Mann werde vom tschetschenischen Diktator Kadyrow bedroht, obwohl dieser im

Syrienkrieg kämpft. Manche Geflüchtete nutzen die aktuelle Situation für sich aus und machen sich noch dazu über die Deutschen und Polen lustig, weil sie ihnen Glauben schenken und ihnen helfen. Wir haben uns dazu entschieden, den Menschen die hier wirklich in Not sind zu helfen. Sie müssen aber nicht unbedingt in der Kirche leben. Ich denke, dass unsere Partner in Polen dies genauso sehen. Zwar helfen sie den Geflüchteten nicht, von Polen nach Deutschland zu kommen, aber humanitäre Hilfe leisten sie dennoch. Es gibt griechisch-katholische und römisch-katholische Partnerkirchen, die ebenfalls bedürftigen Menschen helfen. Ich habe aber auch die Erfahrung gemacht, dass selbst humanitäre Unterstützung manchmal nutzlos ist. Wir hatten beispielsweise zwei Familien, für die wir Arbeit organisiert haben und die im letzten Moment einfach abgehauen sind.“

Wie reagieren die Nachbarn, wenn sich hier so oft Tschetschenen aufhalten?

“Auch über die Nachbarn kann ich nicht pauschal sprechen. Relativ viele brachten jedenfalls Kleidung. Wir sind eine katholische Kirche, was bedeutet, dass wir hierarchisch und nicht demokratisch funktionieren. Dies gibt mir zumindest die Möglichkeit, den Ton anzugeben. Die Anzahl der Helfer ist dennoch gering. Die Protestanten teilten uns mit, dass sie nur denjenigen Geflüchteten helfen, die später zum evangelischen Glauben übertreten. Diese Meinung vertrete ich nicht. Die jüdische Gemeinde ist im Gegensatz dazu sehr großzügig. Es ist eine kleine Gemeinde unserer älteren Brüder und Schwestern mit großem Herz, die einmal sehr viele Lebensmittel spendete. Ich glaube nicht, dass es Aufgabe meiner Gemeinde und mir ist, die Menschen dabei zu unterstützen, über die Grenze zu kommen. Der Staat ist genau der gleichen Meinung, hat aber auch nichts gegen unsere humanitäre Hilfe. 55% der Tschetschenen sollten meiner Meinung nach auch wieder zurückkehren. Ich kenne sie mittlerweile schon sehr gut. Im Grunde müssen wir alle die Fluchtursachen bekämpfen.“ Ein tschetschenisches Ehepaar mit drei Kindern war bereits in Deutschland und Österreich. Der Vater erzählt:

„Im Jahr 2007 kam ich von Polen nach Österreich. Ich wollte nicht unbedingt nach Österreich, sondern nur sicher leben. In Polen fühlte ich mich nicht sicher. Dann überlegte ich, wo ich am einfachsten hinkommen könnte und entschied mich für Österreich. Ich ging zur Polizei und bat um Asyl. Sie nahm mich für zwei Monate fest. Währenddessen wartete meine Frau in Polen auf mich. Damals hatten wir nur einen einjährigen Sohn. Bei der Haftentlassung wurde mir mitgeteilt, dass die österreichische Polizei in Polen angefragt hatte, ob sie mich wieder zurücknehmen würden (wegen der Dublin Verordnung, Anm. der Berichterstatterin). Als ich während meiner Haft mit meiner Frau redete, merkte ich, dass sie aufgrund der Umstände in keinem guten Zustand war. Daraufhin war ich einverstanden, zurückzukehren. Die Polen lehnten jedoch meine Rückübernahme ab. Ich ließ meine Familie nach Österreich kommen und erzählte bei meiner Anhörung von unseren Problemen in Tschetschenien. Nach einer Weile bekamen wir die erste Ablehnung. Die Caritas half uns bei der Klage. Wir warteten etwa ein- oder eineinhalb Jahre auf die zweite Anhörung, und auch nach dieser wurden wir abgelehnt. Wir bekamen zwei Töchter und unser Sohn ging schon zur Schule, die Lehrer waren sehr zufrieden mit ihm. Dann setzte uns die Ausländerbehörde unter Druck: ‚Wenn ihr nicht freiwillig geht, werdet ihr aus dem Heim geworfen und nach Russland abgeschoben.‘ Daraufhin wollten wir es in Deutschland probieren. Ich sagte, dass ich es nicht zulassen werde, dort wieder Gewalt zu erleben. Man antwortete mir, dass ich keine Chance hätte, in Deutschland zu bleiben. Zuerst wurden wir in einem Heim gut aufgenommen. Später bekamen wir sogar eine Wohnung und richteten sie ein. Dann kam ein Schreiben, dass wir zurück nach Österreich müssten. Wir wurden geladen und uns wurde gesagt, dass wir in Deutschland keine Gesetzesgrundlage haben, um zu bleiben. Wir wollten nicht nach Österreich zurückkehren, weil sie uns dort nicht haben wollten. Ich flehte sie an: ‚Bitte, ich kann nicht zurück. Die schicken mich nach Russland.‘ Ich wollte mir das Leben nehmen. Ich dachte mir, wenn ich mich aufgabe, sind meine Frau und Kinder geschützt. Nach einem Selbstmordversuch verbrachte ich zwei Wochen im Krankenhaus. Der Arzt sagte mir, es gäbe keine

Möglichkeit zu bleiben und dass ich abgeschoben würde. Daraufhin entschied ich, selbstständig auszureisen. Aber die Deutschen erklärten mir, dass die Österreicher mein Verfahren noch einmal prüfen wollten. Und wenn wir eine Absage bekommen sollten, könnten wir nach Deutschland zurückkehren. Wir glaubten ihnen, obwohl dies, wie es sich zum Schluss herausstellte, falsch war. Unser Leben ging weiter, die zweite Tochter wurde eingeschult und meine Frau und ich konnten immer besser Deutsch. Meine Frau dolmetschte sogar für Tschetschenen. Trotzdem wurde uns erneut von den österreichischen Behörden unsere Aussichtslosigkeit widergespiegelt. Gegen die zweite Ablehnung, die wir von Österreich bereits erhalten hatten, wollten wir dann klagen. Allerdings hätte der Anwalt für die Klage gegen eine Ablehnung etwa 250€ pro Person gekostet, aber das Geld hatten wir nicht. Wir gingen zu mehreren NGOs und letztlich versprach uns die Diakonie, für uns die Klage einzureichen. Allerdings verpassten sie die Frist.

Auf ein Anraten stellten wir einen Antrag auf Arbeitsvisum. Dann kamen eines Morgens plötzlich Polizisten zu uns. Während ich in der Arbeit war, teilte meine Frau mir mit, dass wir abgeschoben werden. Mein Familie war bereits in Abschiebehaft. Ich hatte keine andere Wahl, als mich zu stellen. Wir mussten in den Flieger nach Moskau steigen und wurden an die russische Polizei übergeben. Sie überprüften meine Akte mit dem Ergebnis, dass nicht nach mir gefahndet wird und ich auch nicht auf der Fahndungsliste stehe. Das lag daran, dass ich nur innerhalb Tschetscheniens Probleme hatte. Sogar der Leiter der Abschiebehaft stellte fest, dass die Abschiebung illegal ist, weil wir schon so lange in Europa gelebt hatten. Wir begingen nie eine Rechtsverletzung. Unsere Kinder sind gut integriert und können Deutsch. Mir wurde gesagt, dass ich einen Aufruhr im Flieger hätte machen sollen. In Moskau kontrollierten sie mich, und dann durften wir gehen. Der Bruder meiner Frau holte meine Familie vom Flughafen ab und ich kehrte nach Tschetschenien zurück, um einen neuen Pass zu beantragen. Das ging nur mit Hilfe eines Freundes. Ich fuhr ganz schnell hin und holte meinen Pass, um die Republik so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Den neuen Pass brauchte ich, um nicht diese vielen Stempel zu haben und einen Antrag auf Visum stellen zu können. Hier, an der polnischen Grenze, soll man bei der Einreise erklären, wofür man nach Polen möchte. Durch ihre bloßstellende und herablassende Art machen sie einen fertig. Ich sagte ihnen dann: ‚Ich kann andeuten, welche Probleme ich habe, aber in Anwesenheit anderer Menschen kann ich nicht alles erzählen. Wenn ihr mich an einen anderen Ort bringt, werde ich alles erzählen.‘ Außerdem werde ich nie erzählen, was meiner Frau angetan worden ist. Wenn sie es erzählt, kann sie es nur einer Frau erzählen, aber man kann nicht beeinflussen, von wem man befragt wird. Alle quälen einen. Sie flehte die Grenzpolizei an, sie ohne andere Zuhörer erzählen zu lassen. Aber sie wurde nur ausgelacht und dann heraus geschmissen. Die polnische Grenzpolizei gibt einem ein polnisches Formular und fordert eine Unterschrift ohne Details zu übersetzen. Sie sagt nur, dass du unterschreiben sollst, dass du ohne Visum eingereist bist, selbst wenn es offensichtlich ist, dass ich Asyl beantragen möchte. Bei unserem letzten Versuch drohten sie, dass sie mir meinen Pass nicht wieder geben würden. Ich wusste aber, dass sie das nicht durften. Deswegen protestierte ich und schrieb auf das Papier ‚Asyl‘, statt zu unterschreiben. Das machte sie wütend. Wir haben es schon elf Mal probiert, über die Grenze zu kommen. Am Anfang fuhr ich täglich, aber dann ging uns das Geld für die Zugfahrkarten aus.“

Sie haben gemerkt, dass Europa sie nicht akzeptiert. Gibt es einen anderen Ort, an dem Sie sich vorstellen können zu leben?

„Nein, Kadyrow und seine Anhänger können mich überall holen. Würde ich einen Ort kennen, an dem ich sicher bin, dann hätte ich nachts keine Albträume, dass sie mich kriegen. Außerdem habe ich gehört, dass man hier Autos von Kadyrow gesehen hat, deswegen sind wir hier nicht sicher. Die Willkür des europäischen Asylsystems kann ich am wenigsten verstehen, denn einige Leute haben ihren Antrag zurückgenommen und bekommen trotzdem noch Sozialleistungen. Wenn ich meinen Asylantrag zurück nehme, dann bestätige ich, dass ich keine Probleme im Heimatland habe. Das trifft

bei mir aber keineswegs zu. Sie haben uns in Tschetschenien in einen Graben für Unrat gestellt und auf uns uriniert. Seitdem habe ich Schmerzen in der Schulter, die auch mit Medikamenten nicht weggehen. Ich will jetzt nicht von unbekannt Menschen sprechen, aber ein Bekannter hat an der Grenze Schmiergelder bezahlt, und das hat funktioniert. Es komme, was wolle, aber ich möchte nicht, dass meine Kinder ohne Eltern aufwachsen.“

Diese Familie begleiteten wir am darauffolgenden Tag bei einem erneuten Versuch des Grenzübertritts. In dem Polen und Belarus verbindenden Zug ist es ähnlich wie in den USA Anfang des 20. Jahrhunderts: Wer als Geflüchteter ein Ticket kauft, bekommt eine Platzreservierung in einem anderen Wagon als die Nichtflüchtenden. Wir gaben dieser Familie Geld, um für uns ein Ticket zu kaufen. Um 6 Uhr morgens war die Bahnhofshalle gefüllt mit Familien, die zum wiederholten Mal probierten, die Grenze zu passieren. Etwa 80 Menschen haben wir gezählt, mindestens die Hälfte davon waren Kinder. Beim Aussteigen in dem polnischen Grenzort Terespol dürfen zuerst die „Weißen“ Passagiere den Zug verlassen. Zum einen, weil deren Grenzübertritt meist schneller verläuft, zum anderen um zu verhindern, dass die „normale europäische Bevölkerung“ etwas von den Menschenrechtsverletzungen mitbekommt. Für uns war diese Grenze wegen der bürokratischen Abwicklungen lediglich ein etwas nerviger Ort, an dem unsere Reise kurz unterbrochen wurde. Für diese Familie aber war die Grenze auch an diesem Tag erneut eine unpassierbare Barriere.

Fazit

Um auf den teilweise menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten in Polen und an der polnisch-weißrussischen Grenze aufmerksam zu machen und zu Unterstützung unserer polnischen Kolleg*innen berichteten wir auf einer von ihnen organisierten Pressekonferenz über unsere Eindrücke und unsere Kritik was zu dem unten stehenden Artikel in einer polnischen Tageszeitung führte.

Betrachten wir die Probleme mal aus der Geflüchtetenperspektive: das erste unmittelbare Hindernis ist die EU-Außengrenze in Polen und der dort verweigerte Zugang zum Asylverfahren innerhalb der EU. Hier liegt ein eindeutiger Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention vor. Wenn die Reise dann weiter geht, gelangen viele Geflüchtete in die guarded centers, die für uns ein Versuch sind, Flucht zu kriminalisieren. Jedoch müsste man eher auf die Wurzel des Problems blicken: Wieso fliehen Menschen weiter nach Deutschland? Liegt es an der fehlenden Willkommenskultur, an der noch geringeren Schutzquote oder daran, dass Kadyrows Leute auch in Polen auftauchen? Fest steht, dass man die Weiterreise nach Deutschland, dessen Gesetzwidrigkeit sich die meisten Geflüchteten gar nicht bewusst sind, nicht durch Freiheitsentzug bestrafen sollte, zumal dieser auch noch willkürlich verlängert wird. Gerade auf Minderjährige und Traumatisierte sollte Rücksicht genommen werden. Da dies nicht der Fall ist, sollte die deutsche Regierung reagieren, von dem Selbsteintrittsrecht Gebrauch machen und keine Überstellungen nach Polen mehr durchführen.

Anhang

Dieser Artikel erschien nach unserer Pressekonferenz am letzten Tag unserer Reise in der polnischen Zeitung Gazeta Wyborcza und wurde dankenswerterweise ins Deutsche übersetzt.

Dienstag, 6.6.2017

Deutsche erstaunt darüber, wie Polen die Tschetschenen behandelt. “Das ist eine Missachtung der Menschenrechte“

Vertreter gesellschaftlicher Organisationen aus Deutschland sind nach Polen gekommen, um sich darüber zu vergewissern, wie wir tschetschenische Geflüchtete behandeln. Sie sind schockiert darüber, wie Polen kleine Kinder in geschlossenen Unterkünften festhält.

Vertreter deutscher NGOs, die sich mit Geflüchteten befassen, haben in der vergangenen Woche Polen besucht. Sie waren am Grenzübergang in Terespol und sprachen mit Bewohnern des Zentrums für Ausländer in Biala Podlaska. Außerdem trafen sie sich mit tschetschenischen *Nomaden* in Brest, Belarus.

Der polnische Grenzschutz hat es seit Monaten unterbunden, letztere einen Antrag auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus stellen zu lassen, obwohl die Tschetschenen betonen, vor Verfolgung geflohen zu sein. Vielen von ihnen haben Torturen durchlebt. Oft sind sie mit ihren ganzen Familien gekommen. Nach Monaten in Belarus haben sie kein Geld für das Leben mehr, hungern, haben Suizidgedanken. Die Ablehnung einer Überprüfung ihrer Fälle ist unvereinbar mit dem nationalen sowie internationalen Recht.

Die angereisten Deutschen zeigten sich schockiert. 80 Tschetschenen sind gemeinsam mit ihnen von Brest nach Terespol gefahren. Eine Familie durfte einen Antrag über die Anerkennung des Flüchtlingsstatus stellen, der Rest wurde von den Grenzbeamten zurück nach Belarus geschickt.

„Ich hätte nicht erwartet, dass Europa die Grenzen auf diese Weise schließt. Europa muss sich darüber bewusst sein, dass dies eine Verletzung der Menschenrechte ist“, sagt Pastor Bernhard Fricke von der Organisation 'Asyl in der Kirche', die Tschetschenen in Deutschland hilft.

Tschetschenen flüchten nach Deutschland, werden nach Polen zurückgebracht

Die Mehrzahl der Tschetschenen, die nach Deutschland kommt, fährt über Polen. Sie haben dort Verwandte, aber fahren nach Deutschland, weil sie Ängste haben, was weiter in Polen passieren wird. „Sie haben Angst um ihre Sicherheit, fürchten fehlende Unterstützung, schon an der Grenze würden sie wie Leute zweiter Klasse behandelt“, erklärt Maria Ksiazak von der Stiftung Miedzynarodowa Inicjatywa Humanitarna.

Die Tschetschenen haben keine große Chance darauf, in Deutschland bleiben zu können. Wenn sie ihren Antrag in Polen gestellt haben, müssen sie nach internationalem Recht auch hier auf dessen Überprüfung warten. Wenn ihr Aufenthalt dann hingegen in Deutschland bekannt wird, müssen sie mit einer Deportation rechnen. Nach der Rückkehr nach Polen kommen viele von ihnen in bewachte Camp, deren Verhältnisse an die von Gefängnissen erinnern. Dort untergebrachte Kinder haben erschwerten Zugang zu Bildung.

Die Deutschen überreichten im vergangenen Jahr mehr als 6000 Anträge zur Übernahme an Polen, davon betrafen 4700 Tschetschenen. Polen nahm 900 von ihnen an. Bis zum Ende Mai dieses Jahres kamen weitere 450 Flüchtlinge nach Polen, hauptsächlich aus Tschetschenien. Laut der Zeitung „Rzeczpospolita“ warten in der gesamten Europäischen Union 16.000 Menschen auf ihre Abschiebung nach Polen.

Tschetschenen in Polen: Kinder für ein Jahr in einem geschlossenen Camp

Die Vertreter deutscher NGOs finden, in Anbetracht dessen, was sie hier gesehen haben, dass die Rücksendung von Flüchtlingen nach Polen unvereinbar mit dem geltenden Recht ist. „Jegliche Verweisung nach Polen von Personen, die sich um Anerkennung eines Flüchtlingsstatus bemühen, müsse unverzüglich eingestellt werden, da viele Personen die nach Polen zurückkommen, darunter Kinder, für Monate, manchmal auch für ein Jahr, in geschlossenen Unterkünften untergebracht werden“, sagt Doro Bruch von der Berliner Organisation XENION.

„In Biala Podlaska haben wir mit einer Familie gesprochen, die ein halbes Jahr in einem geschlossenen Camp verbracht hat. Ich denke, dass dies absolut kein Ort für Kinder ist, sagt Harald Glöde von der Organisation *borderline-europe*. Pastor Fricke fügt hinzu: „In Deutschland ist die

Einsperrung von Kindern in dieser Situation unzulässig. Dies ist unvereinbar mit der internationalen Kinderrechtskonvention“.

Die Leiterin einer Geflüchtetenunterkunft des Diakonischen Werks Potsdam, Nina Schmitz, sagt, sie habe erst in Polen verstanden, wieso Tschetschenen sich so davor fürchteten, aus Deutschland deportiert zu werden. „Sie wollen nicht, dass ihre Kinder Monate weggeschlossen werden“, sagt sie aufgebracht. Bruch zufolge ist unter der Gruppe von Tschetschenen, denen eine mögliche Deportation nach Polen droht, in letzter Zeit eine ansteigende Zahl von Suizidversuchen zu beobachten.

Die Deutschen NGOs beschuldigen ihr Land einer migrantenfeindlichen Politik. Glöde macht darauf aufmerksam, dass, nicht offiziellen Informationen zufolge, derzeit Gespräche über die Einrichtung von Flüchtlingslagern in Belarus geführt werden würden. „Das Ziel ist es, sie so soweit wie möglich vom alten Europa fernzuhalten“, sagt er.

„Es war für mich schwer, als ich verstanden habe, dass wir, die Deutschen, für diese Situation verantwortlich sind“, pflichtet Flicke bei.

Nach dem Besuch in Brest haben deutsche und polnische Organisationen nun eine gemeinsame Liste mit Forderungen ausgearbeitet. Sie erwarten die Einstellung von Deportationen nach Polen, lehnen eine Unterbringung von Personen, die sich um Anerkennung des Flüchtlingsstatus bemühen in geschlossenen Camp ab (vor allem von Kindern) und fordern ebenso eine Garantie für einen Asylprozess an der Ostgrenze der EU.

Berichterstatteerin: Luka Fischer

Unterstützt durch Brot für die Welt

Brot
für die Welt